

Politische Ökonomie, Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsethik

Was bleibt vom Forschungsprogramm von John Neville Keynes?*

REINHARD NECK**

Political Economy, Economic Policy and Economic Ethics – What Remains of the Research Program of John Neville Keynes?

In 1890, John Neville Keynes, the father of John Maynard Keynes, published a book entitled “The Scope and Method of Political Economy”. In it, he introduced the distinction between positive economic theory (“Political Economy”, in the terminology of his time), economic ethics, and the “art” of economic policy as applied economics. We present Keynes’s arguments and ask whether this distinction does still make sense today. In particular, we confront it with methodological questions such as value-free scientific inquiry, with developments in economics such as the rise of public choice and other forms of “economic imperialism”, and with debates in ethics such as meta-ethical questions about the scientific status of ethical prescriptions. We argue for an extension of the scope of positive economics and a re-formulation of the agenda of normative economics, involving an amalgamation of the scientific disciplines of economic ethics and economic policy.

Keywords: Volkswirtschaftstheorie, Volkswirtschaftspolitik, Wirtschaftsethik, Politische Ökonomie, Wertfreiheit

1. Einleitung

Der Fortschritt der Wissenschaften und das Anwachsen der Anzahl der wissenschaftlich tätigen Personen in der Neuzeit haben zu einer immer weiteren Ausdifferenzierung verschiedener Einzelwissenschaften geführt. Im Bereich der Wirtschaftswissenschaften hat sich etwa die Betriebswirtschaftslehre von der Volkswirtschaftslehre getrennt, und die Volkswirtschaftslehre selbst hat sich in diverse Einzeldisziplinen wie insbesondere die Volkswirtschaftstheorie sowie verschiedene Anwendungsbereiche (wie die Volkswirtschaftspolitik, die Finanzwissenschaft, die Regionalökonomik, die Industrieökonomik usw.) spezialisiert. In diesem Prozess der Ausdifferenzierung ist

* Beitrag eingereicht am: 03.04.2006; nach doppelt verdecktem Gutachterverfahren überarbeitete Fassung angenommen am 09.12.2006. Eine frühere Fassung dieser Arbeit wurde auf der Arbeitstagung des Ausschusses „Wirtschaftswissenschaften und Ethik“ des Vereins für Socialpolitik 1999 in Hagen vorgetragen. Den Teilnehmern dieser Tagung und zwei anonymen Gutachter/innen bin ich für zahlreiche Verbesserungsvorschläge dankbar. Die Verantwortung für verbliebene Unzulänglichkeiten bleibt bei mir.

** o. Univ.-Prof. Dr. Reinhard Neck, Institut für Volkswirtschaftslehre, Universität Klagenfurt, Universitätsstraße 65–67, A-9020 Klagenfurt, Österreich, Tel.: +43-(0)463-2700-4121, Fax: +43-(0)463-2700-4191, E-Mail: reinhard.neck@uni-klu.ac.at, Forschungsschwerpunkte: quantitative Wirtschaftspolitik und Finanzwissenschaft, europäische Integration, philosophische Probleme in den Wirtschaftswissenschaften.

nicht immer klar, wie die Gegenstandsbereiche der einzelnen Teildisziplinen einer Wissenschaft abgegrenzt werden sollen oder was das genaue Erkenntnisobjekt einer Teildisziplin ist. Manchmal ergeben sich diese Spezialisierungen im historischen Ablauf; in anderen Fällen entsprechen ihnen explizite Forschungsprogramme im Sinne von Imre Lakatos. Aber auch in den seltenen Ausnahmefällen, in denen explizit programmatische Aussagen von Wissenschaftlern über den Gegenstandsbereich einer Teildisziplin vorliegen, erfolgt oft die spätere Entwicklung dieser Disziplin nicht in Übereinstimmung mit der ursprünglichen Intention derjenigen, die die Forschungsprogramme entworfen haben.

Für die Volkswirtschaftslehre oder, wie sie damals überwiegend noch bezeichnet wurde, „Politische Ökonomie“ liegt ein solcher programmatischer Entwurf, der sich insbesondere auch auf die Wirtschaftspolitik und die Wirtschaftsethik bezieht, in dem methodologischen Werk von John Neville Keynes, dem Vater von John Maynard Keynes, „The Scope and Method of Political Economy“ vor, das zum ersten Mal 1890 erschien. Seine Entstehung führt in eine theoriegeschichtlich wichtige Zeit, die beginnende Durchsetzung der Neoklassik und das Zusammenwachsen ihrer drei Schulen, der Österreichischen, der Lausanner und der Englischen Schule. Dieses Buch hat außerdem auf die weitere Entwicklung der Theorie der Wirtschaftspolitik wesentlichen Einfluss genommen. Neben wissenschaftstheoretischen Überlegungen wird in diesem Werk auch die im deutschen Sprachraum bis heute in institutionellen Formen noch bestehende Aufteilung der Volkswirtschaftslehre in Volkswirtschaftstheorie einerseits und wissenschaftliche oder Theorie der Wirtschaftspolitik andererseits begründet und diskutiert. Mit exemplarischer Klarheit umschreibt John Neville Keynes die Gegenstandsbereiche der Volkswirtschaftstheorie und der Wissenschaft von der Wirtschaftspolitik. Man kann seine Arbeit daher in gewissem Sinn als Präsentation eines Forschungsprogramms ansehen.

Angesichts der Klarheit der Ausführungen von Keynes und seiner zeitlichen Einordnung in den Beginn der Neoklassik einerseits und der in den letzten Jahren in verstärktem Ausmaß erfolgten Beschäftigung zahlreicher Wirtschaftswissenschaftler mit Grundlagenproblemen der Volkswirtschaftslehre andererseits ist es reizvoll zu fragen, was aus dem von John Neville Keynes formulierten Forschungsprogramm geworden ist. Dieser Frage soll in dem vorliegenden Aufsatz nachgegangen werden. Im Abschnitt 2 wird kurz das Forschungsprogramm von John Neville Keynes skizziert. Abschnitt 3 hat das Verhältnis der positiven Volkswirtschaftslehre zur Politischen Ökonomie zum Gegenstand, wobei insbesondere auf die Fragen eingegangen wird, inwieweit Werturteile bei Untersuchungen volkswirtschaftlicher Art eine Rolle spielen. Abschnitt 4 behandelt die Beziehungen der Theorie der Wirtschaftspolitik, Abschnitt 5 jene Wirtschaftsethik zur Politischen Ökonomie. Abschnitt 6 beschließt mit einigen Bemerkungen.

2. Das Forschungsprogramm von John Neville Keynes

John Neville Keynes unterscheidet in seinem Buch „wirtschaftliche Regelmäßigkeiten“ (*economic uniformities*; gemeint: Zusammenhänge, vor allem Kausalbeziehungen), „wirtschaftliche Ideale“ (*economic ideals*; Zielvorstellungen) und „wirtschaftliche Vorschriften“ (*economic precepts*; Regeln, Maximen). Dementsprechend unterscheidet er die

Volkswirtschaftslehre im weiteren Sinn in eine – in Übereinstimmung mit der vorherrschenden Terminologie seiner Zeit – als Politische Ökonomie bezeichnete positive Wissenschaft der Volkswirtschaftstheorie, eine normative Wissenschaft der Wirtschaftsethik und eine „Kunstlehre“ (*art*) der Wirtschaftspolitik (angewandte Wirtschaftstheorie). In seinen eigenen Worten:¹

„(...) a *positive science* may be defined as a body of systematized knowledge concerning what is; a *normative* or *regulative science* as a body of systematized knowledge relating to criteria of what ought to be, and concerned therefore with the ideal as distinguished from the actual; an *art* as a system of rules for the attainment of a given end. The object of a positive science is the investigation of *uniformities*, of a normative science the determination of *ideals*, of an art the formulation of *precepts*“ (34 f.).

Dabei grenzt Keynes insbesondere die Wirtschaftspolitik als eine Kunstlehre (*art*) von der Wissenschaft (*science*) im engeren Sinne ab, gibt aber zu bedenken, dass man in einem weiteren Sinne auch anwendungsorientierte Bereiche wie diese Kunstlehre zu den Wissenschaften rechnen kann.

Nach Keynes benötigt die Volkswirtschaftstheorie (*political economy*) die Ethik nicht, die Wirtschaftspolitik (*applied economics*) benötigt sie jedoch schon. Daraus ergibt sich der Bedarf nach einer Wirtschaftsethik (*ethics of political economy*), die Keynes zwischen den Bereichen der Volkswirtschaftstheorie und der Volkswirtschaftspolitik ansiedelt. Diese Wirtschaftsethik beinhaltet sowohl eine private wie eine öffentliche oder soziale Komponente, wobei für die volkswirtschaftlichen Überlegungen die soziale Komponente, also die Sozialethik, von Relevanz ist.

Keynes stellt also hier die Wirtschaftsethik in den allgemeinen Zusammenhang einer Sozialethik, wobei nicht nur individualetisch die Pflichten der einzelnen Gesellschaftsmitglieder, sondern insbesondere im Sinn einer Sozialethik die „gesellschaftlichen Verpflichtungen“ wissenschaftlich untersucht werden sollen. Dabei sollen insbesondere Effizienzüberlegungen (*production*) und Verteilungsüberlegungen (*distribution*) berücksichtigt werden, und als Zielsetzungen werden moralische Kategorien wie Gerechtigkeit und allgemeine Moral angegeben. Im Rest des Buches geht Keynes dann nicht mehr auf diese wirtschaftsethischen Fragen ein, insbesondere nicht darauf, wie die Zielsetzungen, die nur skizziert werden, genauer spezifiziert werden sollen. Vielmehr widmet er sich generell wissenschaftstheoretischen und methodischen Überlegungen zur Volkswirtschaftstheorie sowie der Wirtschaftspolitik und kaum mehr der Wirtschaftsethik als Wissenschaft.²

¹ Die Zitierung erfolgt hier aufgrund der 3. Auflage aus 1904.

² Auf diese Überlegungen kann hier nicht im Detail eingegangen werden. Generell kann man anmerken, dass die nüchterne, vom „common sense“ getragene Betrachtungsweise der diesbezüglichen Ausführungen der modernen analytischen Philosophie nahe kommen, wenngleich später entwickelte Inhalte dieser Philosophie darin natürlich noch nicht berücksichtigt werden können. Dies gilt beispielsweise für die Rolle der Induktion als wissenschaftliche Methode oder für das vom Kritischen Rationalismus betonte Falsifikationskriterium (Popper 2006). Dagegen entspricht Keynes' Position zum Werturteilsproblem, wie weiter unten gezeigt wird, weitgehend jener des Kritischen Rationalismus.

3. Positive Volkswirtschaftslehre und Politische Ökonomie

John Neville Keynes kontrastiert zwei zeitgenössische Schulen der Volkswirtschaftslehre (in seiner Terminologie: Politischen Ökonomie), und zwar einerseits eine positiv, abstrakt und deduktiv argumentierende und andererseits eine ethisch, realistisch und induktiv argumentierende. Er betont allerdings, dass bei den besten Vertretern des Fachs Volkswirtschaftslehre beide Aspekte berücksichtigt werden, wobei er sowohl die angelsächsischen Autoren Adam Smith, Thomas Malthus, David Ricardo, Nassau Senior und John Stuart Mill wie die deutschsprachigen Autoren Johann Heinrich von Thünen, Carl Menger und Emil Sax nennt. Insbesondere wird von diesen Autoren (in der Interpretation von Keynes) zwischen der Theorie als einer Wissenschaft und den Anwendungen im Sinne von normativen Überlegungen unterschieden. Dagegen lehnen die der ethisch, realistisch und induktiv argumentierenden Richtung der Politischen Ökonomie angehörenden Autoren, zu denen er insbesondere die Vertreter der Deutschen Historischen Schule wie Roscher, Hildebrand und Knies zählt, die Trennung von Sollen und Sein ab und schreiben der Politischen Ökonomie einen weiteren Gegenstandsbereich zu, da sie auch ethische Aufgaben umfassen soll. Diese Autoren betonen die Interdependenz wirtschaftlicher und sozialer Phänomene, bedienen sich vorwiegend historischer und statistischer Methoden, sind gegenüber der Doktrin des Laissez-faire kritischer und stellen evolutorische Prozesse in den Mittelpunkt ihrer Überlegungen, wobei Keynes zwischen verschiedenen Richtungen dieser Historischen Schule differenziert.

Ein zentraler Punkt der Argumentation der Vertreter der Historischen Schule (Keynes zitiert hier insbesondere Adolph Wagner) liegt in der Behauptung der Unmöglichkeit der Trennung von „uniformities“, also Tatsachenaussagen, positiven Aussagen einerseits und ethischen Werturteilen und Vorschriften andererseits. Diese Position, die insbesondere von Gustav Schmoller im Methodenstreit gegen Carl Menger betont wurde, findet sich später wieder im Werturteilsstreit mit ähnlichen Argumenten von Schmoller gegen Max Weber und im Positivismusstreit von Vertretern der Kritischen Theorie (Adorno und Habermas) gegen die Kritischen Rationalisten (Popper und Albert). Die Hartnäckigkeit, mit der diese Auseinandersetzungen über mehrere Generationen hinweg geführt wurden, zeigt, dass hier offensichtlich in zentralen Punkten unterschiedliches Wissenschaftsverständnis auf beiden Seiten vorausgesetzt wird.

Keynes weist richtigerweise darauf hin, dass es keinen immanenten Grund für die Ablehnung der Trennung von positiven und normativen Aussagen gibt. In Vorwegnahme der Argumentation von Max Weber (1922) und der darauf aufbauenden Unterscheidung von Hans Albert (1971a)³ weist Keynes darauf hin, dass es durchaus möglich ist, positive Aussagen ohne Berücksichtigung von Zielvorstellungen, Idealen und normativen Aussagen zu behandeln, dass dies umgekehrt jedoch nicht möglich

³ Keynes (1904: 44 ff.) nimmt bereits die von Albert genauer ausgeführte Unterscheidung von Wertungen im Objektbereich (Aussagen über Wertungen), die wissenschaftlich zulässig sind, und Werturteilen im Aussagenbereich (wertenden Aussagen), die keinen wissenschaftlichen Anspruch erheben können, vorweg: „To recognise the influence, actual or potential, exerted by the economic ideals that men frame for themselves is not the same thing as to discuss the objective validity of those ideals“.

ist, sodass normative Aussagen und „Anwendungen“ von Theorien logisch den Theorien nachgeordnet sind. Historisch ist allerdings oft umgekehrt ein Anwendungsproblem der Ausgangspunkt zur Entwicklung einer Theorie bzw. besteht in der Entwicklung einer Wissenschaft oft keine klare Trennung zwischen theoretischen und anwendungsorientierten und damit normativen Aussagen. Am Beispiel des Laisser-faire zeigt Keynes, dass es wichtig ist, zu unterscheiden, ob die Freiheit von Staatseingriffen im Rahmen einer positiven Theorie als Annahme gesetzt oder im Rahmen einer normativen Aussage als Maxime behandelt wird (Keynes 1904: 67 ff.). Sein Hinweis, dass aus einer Kritik des Postulats des Laisser-faire, also einer wirtschaftspolitischen Empfehlung, keineswegs notwendig eine Kritik an der Annahme des Laisser-faire und noch weniger eine Kritik an der Volkswirtschaftslehre insgesamt folgt, ist äußerst klar und auch heute noch angesichts in der Öffentlichkeit vielfach zu findender Missverständnisse hochaktuell.

Als Argumente für die Trennung von positiven und normativen Analysen führt Keynes an, dass es dadurch leichter ist, unverzerrte Antworten auf die jeweiligen Probleme zu finden, und dass insbesondere zuerst die wissenschaftlichen Grundlagen geklärt werden müssen, bevor man an Anwendungen und normative Analysen denken kann. Ferner werden populäre Vorurteile verstärkt, wenn man wissenschaftliche Theorien mit praktischen Anweisungen identifiziert, wie das Beispiel des Laisser-faire klar zeigt. Außerdem ist die Übereinstimmung zwischen verschiedenen Personen eher über Seinsaussagen als über Sollensaussagen zu erzielen, da Fakten empirisch überprüft werden können, was für Ideale nicht der Fall ist. Die klare Unterscheidung positiver von normativen Untersuchungen ist auch methodisch wichtig, da verschiedene Untersuchungsmethoden jeweils unterschiedliche Bedeutung für positive und normative Analysen haben (Keynes 1904: 63 ff.).

Keynes wendet sich andererseits auch klar gegen Positionen, die wir heute als technokratisch bezeichnen würden, nach denen Sachzwänge, wie etwa der Konkurrenzkampf, im Wirtschaftsleben moralisches Verhalten grundsätzlich unmöglich machen. Im Gegenteil, Werturteile und Moral haben für Keynes durchaus einen Platz, und dieser ist umso prominenter, je stärker man sie von Seinsaussagen abgrenzt. Keynes weist darauf hin, dass möglicherweise die Äußerungen mancher englischer Ökonomen, die rein theoretisch bleiben wollten, dazu beigetragen haben, den Bereich der Wirtschaft von der Moral unabhängig machen zu wollen, wogegen er sich explizit ausspricht. Die mangelnde Unterscheidung von Sein und Sollen ist nach seiner Auffassung verantwortlich für diese Versuche, praktische wirtschaftliche und wirtschaftspolitische Fragen ohne Bezug auf ethische Aspekte zu behandeln. Gerade für Kritiker des Dogmas der freien Marktwirtschaft müsste demnach die explizite Unterscheidung zwischen positiven und normativen Überlegungen ein Anliegen sein.

Obwohl zuzugeben ist, dass Klassifikationen und Bezeichnungen in einem gewissen Sinn immer arbiträr sind, weist Keynes auch aus pragmatischen Gründen auf die Vorteile einer Unterscheidung verschiedener Arten von Untersuchungen, insbesondere von theoretischen und anwendungsorientierten, hin, wobei er sich auch für eine institutionalisierte Trennung (im Sinne von „Departments“ der Wissenschaften) ausspricht. Die Politische Ökonomie als positive Wissenschaft behandelt wirtschaftliche Gesetze (Theoreme, Regelmäßigkeiten) und ist unabhängig von der Ethik, da sie als

positive Wissenschaft nicht die Aufgabe hat, ethische Werturteile zu fällen. Wirtschaftliche Gesetze sind auch von juristischen Gesetzen (die als Befehle interpretiert werden) zu unterscheiden. Im Gegensatz dazu wird der angewandten Wirtschaftswissenschaft (*applied economics*, Wirtschaftspolitik) die Aufgabe zugewiesen, auch ethische Aspekte zu berücksichtigen.

Den Gegenstand der Politischen Ökonomie als einer positiven Wissenschaft umschreibt Keynes folgendermaßen: Er unterscheidet zwei Begriffe von „wirtschaftlich“, nämlich einerseits die Erreichung von Zielen mit geringstem Einsatz von Geld, Zeit und Anstrengung und dadurch die Erzielung eines maximalen Nettonutzens, andererseits alle Tatsachen, die sich auf das Vermögen beziehen. Wir finden also hier bereits einerseits eine methodische, andererseits eine inhaltliche Umschreibung des Gegenstands der Volkswirtschaftslehre. Keynes selbst entscheidet sich dafür, mit Politischer Ökonomie (Volkswirtschaftstheorie) jene Theorien zu bezeichnen, die sich auf wirtschaftliche Phänomene im inhaltlichen Sinn beziehen. Er steht damit im Gegensatz zu späteren Positionen wie etwa von Robbins (1935) und der „ökonomischen Imperialisten“ (einschließlich der Neuen Politischen Ökonomie), die den Gegenstand der Wirtschaftswissenschaften primär in methodischer Hinsicht durch die Anwendung bestimmter Instrumentarien und Denkfiguren (wie des *homo oeconomicus* oder des Gleichgewichtsbegriffs) umschreiben.

Obwohl Keynes in seinem Buch meist von Politischer Ökonomie spricht, weist er doch (53, Fußnote 1) darauf hin, dass der Begriff Volkswirtschaftslehre (*economics*, *economic science*) als Bezeichnung der positiven Wissenschaft von der Volkswirtschaft geeigneter wäre als jener der Politischen Ökonomie. Letzterer hat sich, so schreibt er, aber stärker eingebürgert, sodass auch Keynes diesem Begriff folgt. Interessanterweise ist etwa zur gleichen Zeit durch das Wirken seines Zeitgenossen Alfred Marshall der Begriff *economics* im englischen Sprachraum dominierend geworden: Die erste Auflage von Marshalls „Principles of Economics“ erschien im gleichen Jahr wie jene des Buches von John Neville Keynes, und Marshall liefert eine Abgrenzung von Volkswirtschaftstheorie und Volkswirtschaftspolitik, die jener von Keynes sehr ähnlich ist⁴. Seine Ablehnung des Begriffs „Politische Ökonomie“ begründet Marshall damit, dass der Begriff der Politik in diesem Zusammenhang ursprünglich die „Interessen der ganzen Nation“ bezeichnete, während er später (zur Zeit der Abfassung seines Werks) für die Interessen nur eines Teiles der Nation gebraucht wurde und daher für eine wissenschaftliche Disziplin nicht adäquat sei (vgl. Marshall 1961, Bd. II: 159 f.). Marshall und Keynes sehen also beide die tatsächliche Wirtschaftspolitik nicht als Gegenstand der Volkswirtschaftstheorie, wobei Keynes differenzierter argumentiert, jedoch ebenso wie Marshall der funktionalistischen Falle gefährlich nahe kommt, wonach wirtschaftspolitisches Handeln mit „gesamtgesellschaftlichen Interessen“ zu identifizieren ist.

⁴ Marshall (1961, Bd. I: 43) schreibt über den praktischen Wirtschaftspolitiker: „[Economics] aims indeed at helping him to determine not only what that end should be, but also what are the best methods of a broad policy devoted to that end. (...) it is (...) a science, pure and applied, rather than a science and an art. And it is better described by the broad term “Economics” than by the narrower term Political Economy”” Bis zur 5. Auflage sprach Marshall an dieser Stelle von “Social Economics, or Economics simply”.

Betrachtet man die Entwicklung der Volkswirtschaftstheorie in den mehr als 100 Jahren seit dem ersten Erscheinen des Buches von John Neville Keynes, so kann man feststellen, dass die herrschende Neoklassik bis in die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts überwiegend als „reine“ Theorie betrieben wurde und die Analyse ökonomischer Vorgänge von politischen Elementen weitgehend freigehalten hat. Insbesondere die neoklassische mikroökonomische Theorie hat die Trennung theoretischer Aussagen, die als von Raum und Zeit unabhängig gültig postuliert wurden, von Aspekten wie Politik und Institutionen sehr konsequent durchgeführt. Interessanterweise hat gerade Kenneth Arrow, der entscheidende Beiträge zur Fundierung der neoklassischen reinen mikroökonomischen Theorie geleistet hat (Existenzbeweise für das Allgemeine Gleichgewicht, exakte Beweise für die Hauptsätze der Wohlfahrtsökonomik), durch seine Dissertation (Arrow 1951) erneutes Interesse an politischen Entscheidungsverfahren und damit an Aspekten der Politischen Ökonomie eröffnet.

In den folgenden 20 Jahren wurden weitere Grundideen der Neuen Politischen Ökonomie (Public-Choice-Theorie, Ökonomische Theorie der Politik) entwickelt, insbesondere in den Arbeiten von Downs (aufbauend auf Schumpeter), Buchanan und Tullock sowie Olson. In den 1970er und 1980er Jahren stand die Formalisierung und die deduktive Ableitung nicht-trivialer Resultate wie der Möglichkeit politisch-ökonomischer Konjunkturzyklen im Mittelpunkt der Forschungen der Neuen Politischen Ökonomie. Andererseits wurden in dieser Zeit Hypothesen der Neuen Politischen Ökonomie empirisch überprüft, wie etwa Wahlfunktionen und Popularitätsfunktionen, und es wurden empirische politisch-ökonomische Modelle erstellt und ökonometrisch geschätzt. Die letzten Jahre haben eine weitere Integration politischer Zusammenhänge, vor allem in Makromodellen, gesehen, wobei zunehmend sowohl die Modelle des ökonomischen wie jene des politischen Systems mikroökonomisch durch das Entscheidungsverhalten der Wirtschaftssubjekte bzw. der Wähler und der Politiker fundiert wurden. Einen umfassenden Überblick über diese Literatur gibt Mueller (2003).

Als Ergebnis dieser Entwicklungen kann festgehalten werden, dass im Bereich der Volkswirtschaftslehre das Forschungsprogramm von John Neville Keynes wesentlich erweitert wurde. Durch den „ökonomischen Imperialismus“ erfolgte eine Ausweitung des Gegenstandsbereichs positiver ökonomischer Theorien auf die Politik und auf andere Bereiche. Das Erkenntnisobjekt dieser Wissenschaft wird nun stärker methodisch als inhaltlich abgegrenzt. Neben dem politischen System und politischen Institutionen werden andere Bereiche sozialwissenschaftlichen Erkenntnisinteresses wie etwa Recht und Familie mit Hilfe der ökonomischen Instrumentarien behandelt. Bleibend durchgesetzt hat sich hingegen das Prinzip der Trennung positiver von normativen Aussagen, das bei John Neville Keynes betont worden war. Zumindest in der Volkswirtschaftstheorie sind die Historische Schule, die Institutionalisten sowie die „alte“ Politische Ökonomie marginalisiert, und das Paradigma einer wertfreien positiven Wissenschaft wird weitgehend akzeptiert.

4. Volkswirtschaftspolitik und Politische Ökonomie

Angesichts der allgemeinen Durchsetzung des Postulats der Wertfreiheit in der herrschenden ökonomischen Theorie kann man sich die Frage stellen, ob überhaupt Platz

für eine normative Wirtschaftswissenschaft ist. Allgemein stellt sich das Problem, inwieweit normative Aussagen Gegenstand wissenschaftlicher Analysen sein können. John Neville Keynes (1904: 35, Fußnote 1) weist bereits darauf hin, dass ein „Sollen“ nicht notwendigerweise eine unwissenschaftliche Betrachtungsweise bedingt: Auch die Logik bzw. die Ethik beschäftigen sich mit dem „richtigen“ Schließen bzw. „richtigen“ Verhalten und sind als Wissenschaften zu betrachten. Auch in den Wirtschaftswissenschaften grenzen zahlreiche Autoren Anwendungen und normative Analysen nicht aus der Wissenschaft aus. Der Unterschied zwischen einer Wissenschaft und einer Kunstlehre ist daher fließend. Bezüglich des Verhältnisses zwischen Wirtschaftsethik und Wirtschaftswissenschaft und insbesondere Volkswirtschaftstheorie formuliert Keynes ein Forschungsprogramm für den Bereich der angewandten Wirtschaftswissenschaft, also der Wissenschaft von der Wirtschaftspolitik, in folgender Weise:

„(...) our object is scientifically to define men's duties in their economic relations one with another, and, above all, the duties of society, in so far as it can by its action control or modify economic conditions. In other words, we seek to determine standards, whereby judgment may be passed on those economic activities, whose character and consequences have been established by our previous investigation of economic facts. We seek, moreover, to determine ideals in regard to the production and the distribution of wealth, so as best to satisfy the demands of justice and morality. It is subsequently the function of applied economics, or of the so-called art of political economy, to enquire how nearly the ideal is capable of being attained, and by what means; and to determine how, subject to the above condition, the greatest aggregate happiness may be made to result from the least expenditure of effort” (61 f.).

Wie soll nun diese Kunstlehre oder Wissenschaft der Wirtschaftspolitik aufgebaut werden? Keynes selbst spricht von der „art of political economy“ und meint, dass für deren Aufbau die Ökonomen wohl qualifiziert wären, dass dies aber eher nicht in Form einer eigenen Theorie erfolgen sollte. Da einerseits die Anwendungen der Wirtschaftstheorie zu vielfältig seien und andererseits außerökonomische, insbesondere ethische, soziale und politische Aspekte einzubeziehen wären, sei eine eigene Theorie der Wirtschaftspolitik nicht erreichbar. Die Kunstlehre der Wirtschaftspolitik könnte entweder nur bedingt oder weitgehend nicht-ökonomisch konzipiert werden. Jedenfalls wäre sie eher der wirtschaftlichen Seite der Politischen Philosophie als Teilfach zuzuordnen, als dass sie eine eigene Wissenschaft bilden könnte. Keynes spricht von angewandter Wirtschaftstheorie (*applied economics*) und meint, sie sei

„(...) not a definite body of principles with scientifically demarcated limits” (58).

Man könne eher von einer Folge von Kunstlehren als von einer einheitlichen Kunstlehre sprechen.

Bezüglich der Frage, wessen Zielsetzungen bzw. wessen Wohlfahrt von der Kunstlehre der Wirtschaftspolitik angestrebt werden sollten, wurde bereits darauf hingewiesen, dass Keynes zwar sowohl individuelle wie soziale Wohlfahrt berücksichtigen will, dass aber primär eine sozialetische Betrachtungsweise angedacht wird. Er unterscheidet ferner zwischen einer nationalen und einer kosmopolitischen Sicht und ordnet der ersteren die Volkswirtschaftspolitik im engeren Sinn, der letzteren eine Weltwirtschaftspolitik zu. Dabei ist bemerkenswert, dass er für die nationale Betrachtungswei-

se explizit verlangt, von nationalen Eigeninteressen auszugehen, selbst wenn diese die Interessen anderer Nationen negativ beeinflussen.⁵

Welche Ziele sollte nun eine solche Kunstlehre der Wirtschaftspolitik bzw. die dahinter stehende Wirtschaftsethik anstreben? Keynes hält den Aufbau einer Wissenschaft von der Wirtschaftspolitik im engeren Sinn für weniger sinnvoll, wenn diese Institutionen und politische Einrichtungen zum Gegenstand hätte, die nur Produktion und Akkumulation von Vermögen bestmöglich fördern sollten, da in diesem Fall keine absoluten Regeln aufgestellt werden könnten. Das Ziel einer gerechteren Vermögensverteilung sieht er einerseits als zu eng an, weil es ebenfalls nur bedingte Regeln ermöglichen würde, andererseits als zu weit, weil es außerökonomische Ziele, insbesondere politische Ziele, einbeziehen müsste. Dementsprechend plädiert er für das, was man zu seiner Zeit insbesondere im deutschen Sprachraum als „Sozialpolitik“ bezeichnete, nämlich allgemeine Wohlfahrt im weitesten Sinn. Er spricht hier (Keynes 1904: 82) von „supreme end for which a society exists“, also von letztem Ziele einer Gesellschaft, für die absolute und nicht bedingte Regeln abgeleitet werden könnten. Eine solche Wissenschaft dürfte nicht nur auf der theoretischen Nationalökonomie und, allgemeiner, nicht nur auf der wirtschaftswissenschaftlichen Betrachtungsweise aufbauen, sondern müsste in einem umfassenden Sinn multidisziplinär sein. Dem entsprechend schließt er:

„(...) a definitive art of political economy, which attempts to lay down absolute rules for the regulation of human conduct, will have vaguely defined limits, and be largely non-economic in character“ (83).

Die Wissenschaft von der Wirtschaftspolitik im Sinne einer angewandten Wirtschaftstheorie wurde in dieser von Keynes skizzierten Form vor allem im angelsächsischen Raum weiterentwickelt, ohne sich als eigene Teildisziplin institutionell (etwa durch eigene Lehrstühle und Journale oder Teilfächer in der Ausbildung der Studierenden) durchzusetzen. Im deutschsprachigen Raum hat sich dagegen eine eigene „Theorie der Wirtschaftspolitik“ herausgebildet, die durch viele Jahrzehnte personell und institutionell auf einer Ebene mit der Volkswirtschaftstheorie das deutschsprachige Universitätssystem charakterisierte. Sukzessive wurden mikroökonomische und makroökonomische theoretische Erkenntnisse eingearbeitet und für wirtschaftspolitische Anwendungen nutzbar gemacht. In der Theorie der quantitativen Wirtschaftspolitik wurden numerische Modelle von Volkswirtschaften für wirtschaftspolitische Fragestellungen eingesetzt und insbesondere Optimierungs- und Simulationsanalysen konzipiert und durchgeführt, und in Form der Ordnungspolitik bzw. der qualitativen Wirtschaftspolitik wurden Fragen der Wirtschaftsordnung und der Gestaltung eines Wirtschaftssystems als wirtschaftspolitische Probleme konzipiert.

Diese Theorie der Wirtschaftspolitik versteht sich im Wesentlichen als eine bedingtnormative oder teleologische Theorie, die zu vorgegebenen, nicht notwendigerweise von ihr selbst inhaltlich bestimmten Zielen die adäquaten Instrumente der Wirtschaftspolitik finden soll. Da eine derartige teleologische Betrachtungsweise nichts

⁵ „(...) would deliberately sacrifice the interests of other nations, if they happened to be in conflict with those of the nation specially under consideration“ (Keynes 1904: 78).

anderes als eine Umkehrung einer Kausalbeziehung darstellt, wurde dadurch der naturalistische Fehlschluss überwunden und bei voller Anerkennung des Wertfreiheitspostulats im Sinne von Max Weber eine normative Betrachtungsweise ermöglicht. Durch Optimierungsansätze kann auch der instrumentalistische (teleologische) Fehlschluss relativiert werden,⁶ da bei einem Optimierungsansatz auch der Einsatz wirtschaftspolitischer Instrumente mit einem Eigenwert bzw. mit Kosten in eine wirtschaftspolitische Zielfunktion eingehen kann. Die Theorie der Wirtschaftspolitik des deutschen Sprachraums hat sich ferner – in Übereinstimmung mit der vorherrschenden Wirtschaftstheorie – eher skeptisch gegenüber Versuchen gezeigt, explizit eine normative Ausformulierung wirtschaftspolitischer Regeln vorzunehmen, wie es etwa Gerhard Weisser (1934) vorgeschlagen hatte.⁷ Andererseits werden von der bedingt-normativen Theorie der Wirtschaftspolitik politikwissenschaftliche Ansätze und Fragestellungen im Allgemeinen abgelehnt, und es werden interdisziplinäre Bezüge, wenn überhaupt, nur sehr sparsam erkennbar. Im Gegensatz zu ihrem Anspruch, als „angewandte Wirtschaftstheorie“ konkrete Resultate zu liefern, sind in Bezug auf die Problemlösungskapazität der Theorie der Wirtschaftspolitik allgemein gewisse Defizite festzustellen.

Der traditionelle Ansatz der bedingt-normativen Theorie der Wirtschaftspolitik, der in seiner Zielsetzung (abgesehen von der Verengung auf eine rein ökonomische Betrachtungsweise und dem theoretischen Anspruch) dem von John Neville Keynes vorgegebenen Forschungsprogramm für eine Kunstlehre der Wirtschaftspolitik entspricht, wurde durch die Entwicklung der Neuen Politischen Ökonomie fundamental herausgefordert. Die Neue Politische Ökonomie stellt die bedingt-normative Sicht der traditionellen Theorie der Wirtschaftspolitik und allgemein die Möglichkeit einer normativen Theorie der Wirtschaftspolitik dadurch in Frage, dass sie programmatisch das Verhalten der wirtschaftspolitischen Entscheidungsträger endogenisiert. Während in der traditionellen bedingt-normativen Theorie der Wirtschaftspolitik für die Entscheidungsträger zu vorgegebenen Zielen die jeweils adäquaten Mittel bestimmt werden, geht die Neue Politische Ökonomie davon aus, dass die wirtschaftspolitischen Entscheidungsträger sich im Rahmen des politisch-ökonomischen Systems gemäß ihren Eigeninteressen verhalten. Damit ist das Verhalten der Entscheidungsträger, also insbesondere der Politiker, innerhalb des theoretischen Rahmens der Neuen Politischen Ökonomie festgelegt, und es bestehen scheinbar keine Möglichkeiten der Beeinflussung bzw. der Analyse alternativer Zielsysteme. Dies gilt sowohl auf der Ebene des laufenden politischen Prozesses, in der nach der Neuen Politischen Ökonomie das Verhalten der Politiker durch die Zielsetzungen der Wiederwahl und der Implementierung der eigenen Ideologie bestimmt wird, wie auf der Ebene des gesellschaftlichen Grundkonsenses oder Verfassungsvertrages, die der Ordnungspolitik in der traditionellen Theorie der Wirtschaftspolitik entspricht. Für diese konstitutionelle Ebene werden durch die Neue Politische Ökonomie ebenfalls – ausgehend von hypothetischen Zuständen unter dem „Schleier des Nichtwissens“ – Verfahrensregeln inhaltlich spezifiziert.

⁶ Dazu zuerst Gunnar Myrdal (1932).

⁷ Vgl. dazu Albert (1960).

5. Wirtschaftsethik und Politische Ökonomie

Wir haben bereits darauf hingewiesen, dass die Ausführungen von Keynes zur Wirtschaftsethik rudimentärer sind als jene zur Wissenschaft von der Wirtschaftspolitik, und haben eine Skizze der Aufgaben der Wirtschaftsethik wiedergegeben. Die Wirtschaftsethik (*ethics of political economy*) wird von Keynes in einer Position zwischen der positiven Wissenschaft einerseits und der Kunstlehre der Wirtschaftspolitik andererseits angesiedelt. Sie ist ein Teilgebiet der angewandten Ethik und definiert, Keynes zufolge, die Pflichten der Menschen und der Gesellschaft. Er erläutert die Aufgaben der Wirtschaftsethik anhand des Beispiels vom gerechten Preis, der dem tatsächlichen, auf Märkten bestimmten Preis gegenüber gestellt wird. Dabei erhebt sich natürlich die Frage, welche Bedeutung derartige ethische Überlegungen haben können, wenn in der Realität etwa Preise durch Angebot und Nachfrage und nicht durch – wie auch immer bestimmte – ethische Normen zustande kommen. Hier betont Keynes, dass die Wirtschaftssubjekte frei entscheiden können und daher die Möglichkeit ethischer Beeinflussung besteht, selbst wenn die Kräfte des Wettbewerbs wirken. Er weist darauf hin, dass Angebot und Nachfrage selbst Phänomene sind, die vom menschlichen Willen abhängen, und dass daher Änderungen der moralischen Bedingungen auch diese ökonomischen Kräfte beeinflussen können.⁸ Diese Formulierung von Keynes erscheint ziemlich allgemein. Man könnte sie dahingehend interpretieren, dass moralische Überlegungen die Präferenzen der Wirtschaftssubjekte entsprechend beeinflussen können. Da durch (moralisch beeinflusste) Entscheidungen der Wirtschaftssubjekte die Entscheidungsbedingungen anderer Wirtschaftssubjekte beeinflusst werden, wird dabei nicht ausgeschlossen, dass Veränderungen der Beschränkungen durch moralische Überlegungen zustande kommen können.

Wie kann man aus heutiger Sicht die Vorstellungen von John Neville Keynes zu den Aufgaben der Wissenschaft von der Wirtschaftspolitik und der Wirtschaftsethik sowie zu ihren Beziehungen zur Politischen Ökonomie beurteilen? Eine umfassende Darstellung der Aufgaben der Wissenschaft von der Wirtschaftspolitik und der Wirtschaftsethik ist in diesem Rahmen nicht beabsichtigt. Vielmehr soll hier auf zwei Probleme eingegangen werden, die für das Keynes'sche Forschungsprogramm besondere Herausforderungen darstellen, nämlich einerseits die Entwicklung der Neuen Politischen Ökonomie und andererseits die meta-ethischen Debatten des 20. Jahrhunderts. Beide stellen den Keynes'schen Ansatz in gewissem Ausmaß in Frage, ermöglichen jedoch andererseits neue Umschreibungen der Aufgaben der Theorie der Wirtschaftspolitik und der Wirtschaftsethik.

Es wurde bereits darauf hingewiesen, dass die Neue Politische Ökonomie insbesondere durch die Endogenisierung der wirtschaftspolitischen Entscheidungsträger ein Problem für die traditionelle Theorie der Wirtschaftspolitik darstellt. Gleiches gilt für ihre Beziehung zur Wirtschaftsethik. Wenn das Verhalten der wirtschaftspolitischen Entscheidungsträger bereits in der Theorie und im Modell festgelegt ist, ist zu fragen, ob diesbezüglich überhaupt noch Freiheitsgrade bestehen. Dies betrifft einerseits die Frage der Möglichkeit der Beeinflussung der wirtschaftspolitischen Entscheidungsträ-

⁸ Vgl. dazu sein Beispiel auf S. 44, Fußnote 1.

ger, andererseits die Frage nach dem Adressaten wirtschaftspolitischer Empfehlungen bzw. wirtschaftsethischer Forderungen und Imperative.

Die in den letzten 20 Jahren entwickelten Ansätze der Wirtschaftsethik haben sich nur wenig mit dem Problem der ethischen Beeinflussung von wirtschaftspolitischen Entscheidungsträgern beschäftigt. Doch ergibt sich dabei ein analoges Problem wie auf der Ebene der privaten Wirtschaftssubjekte, insbesondere der Unternehmungen: Wenn deren Verhalten bereits im Modell theoretisch erklärt wird, ist es dann möglich, ihnen moralisch-ethische Vorgaben zu machen? In appellativen wirtschaftsethischen Ansätzen wird diese Frage ignoriert, während sie in der Ökonomischen Ethik bzw. der Anreizethik⁹ problematisiert und im Sinne der Anreizkompatibilität beantwortet wird. Wirtschaftspolitische Ethik muss sich in diesem Fall insbesondere als „Ordnungsethik“ (Homann/Kirchner 1995) realisieren lassen: Durch die Schaffung geeigneter Rahmenbedingungen sollen die Anreize für die Wirtschaftssubjekte so gesetzt werden, dass deren Verhalten auch bei Berücksichtigung ihrer eigenen Interessen zu einem gesellschaftlich erwünschten Ergebnis führt.

Für die Frage der Wirtschaftspolitik stellt sich hier allerdings wieder das Problem, wie auf der Ebene der wirtschaftspolitischen Entscheidungsträger (im Gegensatz zu den wirtschaftlichen Akteuren) die Anreize gesetzt werden müssen, damit diese anreizkompatible Strukturen bei der Gestaltung der Rahmenbedingungen (etwa in der Gesetzgebung) schaffen. Dies betrifft nicht nur die Wirtschaftspolitiker im engeren Sinn, sondern auch die Wähler in einem demokratischen System und damit wieder alle Individuen. Kirchgässner (1996; 1998a) hat gezeigt, dass auch hier individuelle ethische Forderungen erfüllt sein müssen und dass ohne eine gewisse Minimalmoral demokratische Systeme ebenso wenig funktionieren können wie marktwirtschaftliche Wirtschaftsordnungen. Die inhaltliche Ausgestaltung derartiger minimalmoralischer Vorgaben sowie deren Implementierung stellt ein Desideratum für weitere Forschungsanstrengungen dar.

Während die Neue Politische Ökonomie primär die Frage des Adressaten wirtschaftsethischer Empfehlungen betrifft, haben die meta-ethischen Überlegungen und Auseinandersetzungen des 20. Jahrhunderts primär Bedeutung für die Inhalte der Wirtschaftsethik und für deren Begründung. Zunächst einmal sei festgehalten, dass es hier nicht um die kognitiven Elemente wirtschaftsethischer Werturteile und Normen geht, sondern nur um die normative Komponente, also die Werturteile im engsten Sinn. Dabei sind insbesondere die von Reichenbach (1951), Ayer (1946) und anderen Vertretern des logischen Positivismus und Empirismus vorgebrachten Argumente gegen die Möglichkeit einer kognitivistischen Ethik zu berücksichtigen. Demnach ist eine kognitivistische Ethik nicht möglich, da das wissenschaftliche Wissen keine normativen Bestandteile beinhaltet. Wissen kann nur synthetisch sein und dann Fakten betreffen oder analytisch sein und dann inhaltlich leer sein. Ethik ist aber nicht synthetisch, außer wenn sie als deskriptive und damit als nicht-normative Wissenschaft begriffen wird, und wenn sie als analytische Wissenschaft begriffen wird, kann sie keine inhaltlichen Präskriptionen liefern. Dies ergibt sich nicht zuletzt daraus, dass Imperative instrumentelle Bedeutung haben, während Aussagen, die Gegenstand positiver Wis-

⁹ Vgl. dazu u. a. Homann/Lütge (2005), Suchanek (2001), Pies (2000), Homann (2004).

senschaften sind, kognitive Bedeutung haben. Aus der Sicht des Positivismus sind ethische Einsichten in Wirklichkeit logische Beweise und daher inhaltlich leer, da sie nur Beziehungen zwischen Zielen und Mitteln darstellen. Diese teleologische Sicht stellt nur eine logische Analyse der Implikationen moralischer Axiome dar, wobei diese Axiome nicht validiert werden könnten, da sie nicht wissenschaftliches Wissen, sondern Imperative sind. Versuche, inhaltliche ethische Aussagen wissenschaftlich in einem strengen Sinn zu begründen, leiden demnach im Allgemeinen an dem naturalistischen Fehlschluss und sind daher zum Scheitern verurteilt.¹⁰

Auch wenn man nicht so weit geht, der Ethik jeden wissenschaftlichen Charakter abzusprechen, ist doch als bleibendes Ergebnis der meta-ethischen Debatten festzuhalten, dass es keine zweifelsfreie ethische Instanz gibt, die inhaltliche normative Aussagen als wahr oder falsch begründen kann, insbesondere wenn man mit dem Kritischen Rationalismus zugestimmt, dass selbst wissenschaftliche Erkenntnis kein sicheres endgültiges Fundament haben kann.¹¹ Eine Letztbegründung im Sinn eines unzweifelhaft gültigen Beweises ist nicht einmal in der Erkenntnistheorie und noch weniger in der Ethik möglich, da nach dem Münchhausen-Trilemma jeder derartige Versuch entweder in einem infiniten Regress oder einem logischen Zirkel oder einer dogmatischen Festsetzung endet.

Der Kritische Rationalismus kann aber Hinweise darauf geben, wie man wirtschaftsethischen Überlegungen und damit einer normativen Sicht der Theorie der Wirtschaftspolitik dennoch einen – auch als wissenschaftlich zu bezeichnenden – Raum geben kann. Man gibt den Anspruch auf bewiesenes ethisches Wissen auf und beschränkt sich stattdessen auf die kritische Diskussion und die Vergleiche von wirtschaftsethischen Postulaten und daraus abgeleiteten wirtschaftspolitischen Empfehlungen. Insbesondere ist es möglich, solche Empfehlungen auf ihre interne Konsistenz hin zu untersuchen und Folgerungen aus alternativen „Wertaxiomen“ und Zielvorstellungen systematisch zu untersuchen. Dabei kann insbesondere die deontische Logik (vgl. z. B. Kutschera 1973) und die Logik der Imperative (Rescher 1966) nützliche Dienste leisten.

Auch wenn zuzugeben ist, dass im Gegensatz zu Tatsachenaussagen für Werte und Normen keine Überprüfungsmöglichkeiten durch Objektivierbarkeit bestehen, sondern die schöpferische Rolle des entscheidenden Menschen wesentlich ist, kann doch davon ausgegangen werden, dass eine – wie auch immer vage – regulative Idee des Guten in Analogie zur regulativen Idee der Wahrheit im Sinne eines ethischen Realismus existiert.¹² Zumindest kann man Wertstandpunkte oder ethische Systeme als nicht-dogmatische Vorschläge zur Regulierung praktischen Verhaltens betrachten. Untersuchen kann man etwa, ob derartige ethische Systeme bewährten wissenschaftlichen Hypothesen widersprechen, was sich allerdings auf ihre kognitiven Komponenten bezieht, und es können Kriterien für die Bewährung ethischer Orientierungskon-

¹⁰ Vgl. dazu und allgemein zum Sein-Sollens-Problem Schurz (1995).

¹¹ Vgl. Albert (1971b).

¹² Solche Überlegungen können bei entsprechender Interpretation auch Ausführungen Poppers unterstellt werden (Shearmur 1996; Zecha 2002).

zeptionen durch Übereinkunft festgesetzt und in Hinblick auf ihre Implikationen und Konsequenzen durchdacht und akzeptiert werden (Albert 1978). In diesem Sinn kann durch rationale Überlegungen die Klärung ethischer und damit auch wirtschaftsethischer Positionen in wissenschaftlicher Weise betrieben werden.¹³

Für die normative Volkswirtschaftslehre und damit für die normative Theorie der Wirtschaftspolitik, die – in Erweiterung des Forschungsprogramms von John Neville Keynes – als auf wirtschaftspolitische Fragen angewandte Wirtschaftsethik interpretiert werden kann, folgt daraus die Möglichkeit der Erörterung der Konsequenzen unterschiedlicher wirtschaftspolitischer Zielvorstellungen. Dies kann in Erweiterung des „demokratischen Prinzips“ von Reichenbach (1951), wonach jeder berechtigt ist, seine eigenen moralischen Imperative zu setzen und zu verlangen, dass jeder diesen Imperativen folgt, in der folgenden Weise durchgeführt werden: In systematischer Weise werden verschiedene mögliche wirtschaftspolitische Programme analysiert, die jeweils alternative wirtschaftspolitische Aktionen in einer aktuellen Situation darstellen. Solche Programme können Vorschläge von wirtschaftspolitischen Entscheidungsträgern, von politischen Parteien, von Interessensverbänden, von Wissenschaftlern, aber auch von einzelnen Staatsbürgern sein. Wichtig ist nur, dass sie Aussagen über Zielsetzungen beinhalten müssen.

Die Konsequenzen derartiger wirtschaftspolitischer Programme können dann mit Hilfe von Erkenntnissen aus der positiven Volkswirtschaftslehre, also der Volkswirtschaftstheorie, und von empirischen Analysen auf der Basis wirtschaftstheoretischer Untersuchungen in Hinblick auf ihre Konsequenzen für wirtschaftspolitische Zielsetzungen systematisch untersucht werden. Bei quantifizierbaren Zielen bieten sich dafür die Ansätze der quantitativen Wirtschaftspolitik an, bei qualitativen Zielen wie etwa der wirtschaftlichen Freiheit oder der sozialen Sicherheit eine Analyse mit Hilfe von Ergebnissen der Ordnungstheorie oder der Theorie des Vergleichs von Wirtschaftssystemen. In jedem Fall können die Konsequenzen derartiger wirtschaftspolitischer Programme analysiert und kritisch diskutiert werden, und es kann ihre interne Konsistenz überprüft werden. Dabei sind die Wissenschaftler nicht nur in ihrer Rolle als wirtschaftspolitische Berater gefragt¹⁴, sondern auch angesichts ihres zu vermutenden wissenschaftlichen Erkenntnisinteresses, wobei der Wissenschaftsbetrieb nicht verlangen muss, dass Wissenschaftler die Rolle eines objektiven Schiedsrichters zu spielen haben.

Die letzte Entscheidung über die unterschiedlichen wirtschaftspolitischen Programme muss schlussendlich durch die Wähler erfolgen: in einer direkten Demokratie durch Volksabstimmungen, in einer repräsentativen Demokratie durch Wahlen, die jene Politiker ins Amt bringen, die ein bestimmtes wirtschaftspolitisches Programm, das den Präferenzen der Mehrheit der Wähler entspricht, vertreten. Damit diese Entscheidungsfindung funktioniert, sind allerdings wieder gewisse Voraussetzungen erforderlich, wie einerseits die bereits erwähnte Minimalmoral auf der Seite der Stimmbürger und der Politiker, andererseits die Etablierung von minimalen Verfahrensregeln, die

¹³ Vgl. zur Ethik des Kritischen Rationalismus auch Salamun (1991; 1996).

¹⁴ Vgl. dazu Kirchgässner (1998b).

etwa in der Verfassung festgelegt werden. Dazu gehören bestimmte Quoren des Minderheitenschutzes und insbesondere Regelungen, die die Reversibilität von Entscheidungen durch die Abwählbarkeit politischer Entscheidungsträger sichern. Wie diese Grundvoraussetzungen einer Demokratie implementiert und gesichert werden können, ohne die handelnden Akteure zu überfordern, ist ebenfalls ein offenes Problem und bedarf weiterer Forschungsanstrengungen.

Zu beachten ist, dass diese Skizze eines gewissermaßen „idealen“ wirtschaftspolitischen Entscheidungsprozesses nicht als Beschreibung tatsächlicher Vorgänge wirtschaftspolitischer Willensbildung missverstanden werden darf. Letztere sind in viel stärkerem Ausmaß durch die (gerade in der Neuen Politischen Ökonomie herausgearbeiteten) Manifestationen des „Politikversagens“ charakterisiert. Darüber hinaus spielen dabei noch weitere Akteure, wie Massenmedien, Gerichte usw. sowie Festlegungen, die nicht explizit im politischen Prozess getroffen werden, eine wesentliche Rolle. Vielmehr geht es um eine (wirtschafts-)ethisch geprägte Vorstellung vom Ablauf politischer Prozesse. Im Gegensatz zu utopistischen Vorstellungen setzt diese jedoch nur minimale moralische Standards an, die realistisch genug sind, um in Debatten und Entscheidungen über wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen Berücksichtigung zu finden. Die Begründung dieser minimalen moralischen Standards kann sich gemäß der hier vertretenen Auffassung des Kritischen Rationalismus nicht auf wissenschaftliche Autorität oder Einsicht berufen. Vielmehr stellen auch sie Vorschläge in einem kritischen Diskurs dar, deren vorläufige Bewährung (oder eben Falsifikation) gerade diesem Diskurs zu überlassen ist. Ebenso sind die verschiedenen wirtschaftspolitischen Programme, die in einem solchen Entscheidungsprozess vorgestellt, modifiziert und teilweise umgesetzt werden, nicht Ausfluss einer wissenschaftlich begründeten Moral, sondern Diskussionsvorschläge und Ergebnisse, die wieder (auch nach ihrer Umsetzung) einer kritischen Prüfung unterliegen.

Wenn diese Position akzeptiert wird, kann man sich immer noch fragen, ob es sich bei der hier vorgeschlagenen Analyse „idealer“ wirtschaftspolitischer Prozesse um Wissenschaft oder gar wissenschaftliche Theorie handelt. Im strengen Sinn einer positiven Wissenschaft ist dies wohl nicht der Fall. Doch können etwa die Beschreibungen der politischen Programme, ihre Systematisierungen, die Analyse ihrer Konsistenz, ihrer Vereinbarkeit mit unterschiedlichen normativen Postulaten und ihrer Auswirkungen auf normativ möglicherweise relevante Größen durchaus systematisch vorgenommen werden. Ebenso können Vorschläge zur Veränderung des aktuellen politischen Prozesses, die zu seiner Annäherung an den hier skizzierten „idealen“ politischen Prozess führen, systematisch untersucht werden. Damit ergibt sich eine im Vergleich zur Entwicklung großer ethischer Systeme zwar bescheidene, für die wirtschaftspolitische Praxis aber vermutlich nützlichere Aufgabe für eine Wirtschaftsethik oder spezieller eine normative Disziplin der Volkswirtschaftspolitik, die wohl den Anspruch erheben kann, Wissenschaft zu sein.

6. Abschließende Bemerkungen

Wir haben im vorliegenden Aufsatz das Forschungsprogramm von John Neville Keynes bezüglich der Aufgaben von positiver und normativer Wirtschaftswissenschaft dargestellt und in Hinblick auf die Anwendbarkeit und erforderliche Modifikationen

angesichts der Entwicklung der Wirtschaftstheorie und der Ethik im 20. Jahrhundert untersucht. Dabei kann festgehalten werden, dass eines der wichtigsten Anliegen von Keynes, die Trennung von Seins- und Sollensaussagen auch in unterschiedlichen wissenschaftlichen Spezialisierungen, weiterhin sinnvoll und wünschenswert ist. Die positive Volkswirtschaftstheorie behält voll umfänglich die ihr von John Neville Keynes zugewiesenen Aufgaben und kann auf weitere Anwendungsbereiche ausgedehnt werden.

Bezüglich der normativen Volkswirtschaftslehre kann einerseits davon ausgegangen werden, dass die Unterscheidung zwischen Kunstlehre der Wirtschaftspolitik und angewandter Wirtschaftsethik weniger streng ist, als von Keynes vorgegeben wurde, und dass es sinnvoll sein kann, beide Bereiche in einer normativen Wissenschaft von der Wirtschaftspolitik zu vereinigen, die wieder als Teilbereich der Wirtschaftsethik (nämlich jene für den öffentlichen Sektor) angesehen werden kann. Im Gegensatz zu den bei Keynes und anderen Autoren seiner Zeit noch vorherrschenden Vorstellungen, wonach eine solche normative Volkswirtschaftslehre eine wissenschaftliche Begründung (im Sinn einer Letztbegründung) wirtschaftspolitischer Maßnahmen liefern könne, wird mit einem eingeschränkten, aber nicht weniger wichtigen Forschungsprogramm, nämlich der kritischen Diskussion und Prüfung von wirtschaftspolitischen Programmen, ihrer Vorbereitung für den demokratischen Prozess und ihrer Modifikation und Umsetzung in diesem ein zwar engeres, aber durchaus lohnendes Ziel für diese Wissenschaft vorgeschlagen. In diesem Bereich besteht in einigen grundlegenden Fragen noch Forschungsbedarf, der insbesondere die inhaltliche Spezifizierung und die Durchsetzbarkeit minimal-moralischer Anforderungen betrifft.

Literaturverzeichnis

- Albert, H.* (1960): Wissenschaft und Politik. Zum Problem der Anwendbarkeit einer wertfreien Sozialwissenschaft, in: Topitsch, E. (Hrsg.), Probleme der Wissenschaftstheorie. Festschrift für Victor Kraft, Wien: Springer-Verlag, 201-232.
- Albert, H.* (1971a): Theorie und Praxis. Max Weber und das Problem der Wertfreiheit und der Rationalität, in: Albert, H./ Topitsch, E. (Hrsg.): Werturteilsfreiheit, Wege der Forschung, Bd. 175, Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft, 200-236.
- Albert, H.* (1971b): Ethik und Meta-Ethik. Das Dilemma der analytischen Moralphilosophie, in: Albert, H./ Topitsch, E. (Hrsg.): Werturteilsfreiheit, Wege der Forschung, Bd. 175, Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft, 472-517.
- Albert, H.* (1978): Traktat über rationale Praxis, Tübingen: J. C. B. Mohr (Paul Siebeck).
- Arrow, K. J.* (1951): Social Choice and Individual Values, New Haven: Yale University Press.
- Ayer, A. J.* (1946): Language, Truth and Logic, 2. Aufl., New York: Dover Publications.
- Homann, K.* (2004): Braucht die Wirtschaftsethik eine „moralische Motivation“? In: Arnold, V. (Hrsg.): Wirtschaftsethische Perspektiven VII, Schriften des Vereins für Socialpolitik N.F. Bd. 228/VII, Berlin: Duncker & Humblot, 33-60.
- Homann, K./ Kirchner, Ch.* (1995): Ordnungsethik, in: Jahrbuch für Neue Politische Ökonomie, Jg. 14, 189-211.
- Homann, K./ Lütge, Ch.* (2005): Einführung in die Wirtschaftsethik, 2. Aufl., Münster: Lit Verlag.

- Keynes, J. N.* (1904): *The Scope and Method of Political Economy*, 3. Aufl. (1. Aufl. 1890), London, New York: Macmillan & Co.
- Kirchgässner, G.* (1996): Bemerkungen zur Minimalmoral, in: *Zeitschrift für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften*, Jg. 116, 223-251.
- Kirchgässner, G.* (1998a): Zur Ethik des Arbeitsmarkts: Einige Bemerkungen aus nicht-kognitivistischer Perspektive, in: Geiser, Th./ Schmid, H./ Walter-Busch, E. (Hrsg.): *Arbeit in der Schweiz des 20. Jahrhunderts. Wirtschaftliche, rechtliche und soziale Perspektiven*, Bern, Stuttgart, Wien: Verlag Paul Haupt, 383-430.
- Kirchgässner, G.* (1998b): Zur Politischen Ökonomie der wirtschaftspolitische Beratung, in: *Verein der Freiburger Wirtschaftswissenschaftler (Hrsg.): Offen für Reformen? Institutionelle Voraussetzungen für gesellschaftlichen Wandel im modernen Wohlfahrtsstaat*, Baden-Baden: Nomos, 161-183.
- Kutschera, F. von* (1973): *Einführung in die Logik der Normen, Werte und Entscheidungen*, Alber Kolleg Philosophie, Freiburg, München: Verlag Karl Alber.
- Marshall, A.* (1961): *Principles of Economics*, 9th (Variorum) ed. (1. Aufl. 1890), 2 Bde., New York, London: Macmillan & Co.
- Mueller, D.* (2003): *Public Choice III*, Cambridge: Cambridge University Press.
- Myrdal, G.* (1932): *Das politische Element in der nationalökonomischen Doktrinbildung*, Berlin: Junker und Dünhaupt Verlag.
- Pies, I.* (2000): Wirtschaftsethik als ökonomische Theorie der Moral – Zur fundamentalen Bedeutung der Anreizanalyse für ein modernes Ethikparadigma, in: Gaertner, W. (Hrsg.): *Wirtschaftsethische Perspektiven V*, Schriften des Vereins für Socialpolitik N.F. Bd. 228/V, Berlin: Duncker & Humblot, 11-33.
- Popper, K. R.* (2006): *Logik der Forschung*, 11. Aufl. (1. Aufl. 1934/5), Tübingen: Mohr Siebeck.
- Reichenbach, H.* (1951): *The Rise of Scientific Philosophy*, Berkeley, Los Angeles, London: University of California Press.
- Rescher, N.* (1966): *The Logic of Commands*, London.
- Robbins, L.* (1935): *An Essay on the Nature and Significance of Economic Science*, 2. Aufl., London, Basingstoke: Macmillan-St. Martin's Press.
- Salamun, K.* (1991): *Moral und Politik aus der Sicht des Kritischen Rationalismus*, Amsterdam, Atlanta: Rodopi.
- Salamun, K.* (1996): Einige Bemerkungen zu Fehldeutungen von Karl R. Poppers Rationalitätskonzeption, in: Schramm, A. (Hrsg.): *Philosophie in Österreich 1996. Vorträge des IV. Kongresses der Österreichischen Gesellschaft für Philosophie*, Graz, 28. Februar – 2. März 1996, Wien: Verlag Holder-Pichler-Tempsky, 518-521.
- Schurz, G.* (1995): Grenzen rationaler Ethikbegründung. Das Sein-Sollen-Problem aus moderner Sicht, in: *Ethik und Sozialwissenschaften*, Jg. 6, 163-177.
- Shearmur, J.* (1996): *The Political Thought of Karl Popper*, London: Routledge.
- Suchanek, A.* (2001): *Ökonomische Ethik*, Tübingen: J. C. B. Mohr (Paul Siebeck).
- Weber, M.* (1922): *Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre*, Tübingen: J. C. B. Mohr (Paul Siebeck).
- Weisser, G.* (1934): *Wirtschaftspolitik als Wissenschaft. Erkenntniskritische Grundlagen der praktischen Nationalökonomie*, Stuttgart: Kohlhammer.
- Zecha, G.* (2002): „Die Ethik ist keine Wissenschaft“ – oder doch? in: Morscher, E. (Hrsg.): *Was wir Karl Popper und seiner Philosophie verdanken*, Sankt Augustin: Academia, 351-379.